

MAECENATA STIFTUNG

COLLOQUIUM

im Rahmen des Münchner Stiftungsfrühlings 2013,
des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger und des
Stiftungs-Programms FÜR EIN EUROPA DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER
am Samstag, den 16. März 2013 in München

BERICHT

Wie schaffen wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger?

Dies war die Kernfrage einer anregenden Diskussion, die versuchte, die Zukunft Europas vom Handeln der Regierungen, der Euro-Krise, aber auch der Euro-Skepsis zu lösen. Einige Teilnehmer hatten selbst eine europäische Biographie, viele waren in der Zivilgesellschaft verankert oder pflegten zu ihr intensive berufliche Kontakte, darunter einige insbesondere zum Stiftungswesen; alle waren sich, so das Fazit, darüber einig, daß das europäische Projekt notwendig, aber auch zutiefst wünschenswert ist und daß es auf die Bürgerinnen und Bürger selbst ankommt, dieses Projekt voranzutreiben.

In seiner Einführung weist Rupert Graf Strachwitz, Vorstand der Maecenata Stiftung, unter anderem darauf hin, daß die öffentlichen und politischen Diskussionen in der Regel zu pfadabhängig verlaufen. Er nennt als Beispiel eine vor kurzem miterlebte Diskussion im Wissenschaftszentrum Berlin, bei der die Podiumsteilnehmer Gabriel und Biedenkopf das Thema ‚Krise der Demokratie‘ schnell auf den Kompetenzstreit in der Europäischen Union und mit deren Organen verengten; in dieser Pfadabhängigkeit, so führt er aus, lassen sich die Herausforderungen, denen sich das europäische Projekt gegenübersteht, nicht meistern. Er nennt drei Herausforderungen:

1. Großbritannien: Auch wenn die immer wiederkehrende Unsicherheit über den Verbleib in der EU schon wegen der Schottland-Frage nicht so ernst zu nehmen ist, ist doch nicht zu verkennen, daß die Briten ein legitimes Interesse daran haben, ihren angestammten Platz in der angelsächsischen Lebenswelt nicht durch eine zu enge Bindung an Europa zu verlieren. Diese Lebenswelt ist in Bildung, Wissenschaft, Kultur und anderen Bereichen wirkmächtig und positiv. Es kann daher nicht darum gehen, die Briten davon zu lösen, sondern nach Wegen zu suchen, beides miteinander zu versöhnen.
2. Osteuropa: Die Länder Osteuropas, ob nun Mitglieder der EU oder nicht, empfinden sich als vollwertige Europäer und haben wenig Verständnis dafür, daß ihnen immer nur ein Weg „nach“ Europa in Aussicht gestellt wird. Auch

hier geht es um die Beförderung des Bewußtseins eines größeren und kulturell vielschichtigen europäischen Selbstverständnisses.

3. Europa und das Mittelmeer: Die kulturelle Tradition Europas ist ohne das Mittelmeer und alle seine Anrainer nicht denkbar. Wenn daher Europa für sich in Anspruch nimmt, kein Schmelztiegel zu sein, sondern konsequent auf seinen vielfältigen kulturellen Traditionen aufzubauen, dann gehören die auf der Ost- und Südseite des Mittelmeers gewachsenen Traditionen dazu. Dies gilt auch für das Thema der Religion. Es erscheint inkompatibel, wenn in Europa einerseits der säkulare, jede Religion ebenso wie die Irreligiosität duldende Staat als bedeutende europäische Errungenschaft gepriesen, gleichzeitig aber der Islam als ‚uneuropäisch‘ ausgegrenzt wird.

Diese Überlegungen führen dazu, das traditionelle Staatsverständnis, das gerade in Deutschland in Hegelscher Tradition noch sehr prägend erscheint, infrage zu stellen. Ist der Staatsbürger alter Art nicht eigentlich eine Fiktion, die, wenn sie denn überhaupt je Realität war, heute überwunden ist? Nicht zuletzt auf der Basis langjähriger Auseinandersetzung mit dem Konzept der Zivilgesellschaft bietet Strachwitz ein anderes Modell für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts an: Der im Mittelpunkt der Gesellschaft stehende Mensch ist Akteur in drei gleichrangigen Arenen kollektiven Handelns: dem Markt, dem Staat und der Zivilgesellschaft. Die in ihrer Bedeutung vielfach unterschätzte Zivilgesellschaft erscheint ihm besonders geeignet, um bürgerschaftlichem Engagement und Handeln für Europa Ausdruck zu verleihen, Europa wirksam voranzubringen. Es hat sich auch bei anderen Themen erwiesen, daß aus der Zivilgesellschaft, dem Ort der deliberativen Demokratie, die Anstöße und gedanklichen und praktischen Entwicklungen kommen, die den gesellschaftlichen Wandel herbeiführen. Auch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger wird zivilgesellschaftlich oder gar nicht entwickelt werden.

An diese Einführung schließt sich eine lebhaft und vielschichtige Diskussion an. Sie kreist zunächst um den Begriff der Zivilgesellschaft und ihre vielfache, nicht zuletzt wirtschaftliche Abhängigkeit vom Staat. Dabei wird kontrovers erörtert, ob von einer europäischen Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß in den Ländern Osteuropas, denen heute schnell eine defizitäre Zivilgesellschaft zugemessen wird, diese unter hohen persönlichen Gefahren für die Akteure einschneidende politische Veränderungen herbeigeführt, also eine politische Zivilgesellschaft beispielgebend vorgelebt hat. Die Anwesenden sind sich einerseits über die Interdependenz von Zivilgesellschaft, Markt und Staat einig, andererseits aber auch darin, daß die Zivilgesellschaft sich weiter emanzipieren und dafür nachhaltige und unabhängige finanzielle Grundlagen einfordern muß.

Dieses Problem leitet über zu einem zweiten Komplex in der Debatte: der Rolle der Stiftungen. Die Position, daß sich die Stiftungen erst in jüngerer Zeit zunehmend als Teil der Zivilgesellschaft verstehen, wird akzeptiert; doch wird von einigen darauf Wert gelegt, daß Stiftungen auch im staatlichen Bereich

Akzente setzen müssen und sollen, auch wenn sie ihre „nächsten Verwandten“, d.h. andere zivilgesellschaftliche Organisationen noch stärker als Partner in den Blick nehmen könnten. In diesem Zusammenhang wird von mehreren Teilnehmern auf die ruinösen Konsequenzen einer verfehlten Förderpolitik hingewiesen, die stets nur auf kurze Zeit Anschubfinanzierung leistet, anstatt kreative Initiativen mittel- oder sogar langfristig zu begleiten und zu stützen.

An dieser Stelle richtet sich der Blick wieder verstärkt auf Europa, zunächst, um durch Vergleich mit Strömungen in anderen europäischen Ländern Defizite in Deutschland zu erfassen. Der Hinweis auf Frankreich, wo die republikanische Staatsrechtslehre über Jahrhunderte dem Bürger nur im Nationalstaat eine Kollektivierung zumaß, wo sich aber heute geradezu sprunghaft eine lebendige Zivilgesellschaft entfaltet, die französische Besonderheiten pflegt, sich aber zugleich für europäisches öffnet, erscheint beispielhaft. Auch hier könnten die Stiftungen, die traditionell – durchaus aus guten Gründen – eher lokal oder regional operieren, mit gutem Beispiel vorangehen. Die Stiftungsinitiative ‚Wir für Europa‘ ist ein interessanter Ansatz. Dagegen hat sich das *European Foundation Centre* bislang zu sehr auf relativ wenige Großstiftungen und Verbände beschränkt und relativ wenig Breitenwirkung entfaltet.

Im letzten Teil der Diskussion werden nochmals verstärkt Grundfragen des europäischen Projekts thematisiert. Das Stichwort ‚Sprache‘ löst eine Präzisierung der kulturellen Identität aus. Den Abgleich zwischen der Erhaltung der kulturellen Vielfalt und der Zulassung und Ermöglichung von neuen, europäisch gestalteten Ausdrucksformen zu bewerkstelligen, wird als komplexer, nicht durch Regierungshandeln zu leistender Prozeß erkannt. Man ist sich einig, daß es um Inklusion, d.h. die Akzeptanz der Verschiedenheit, nicht um Integration, d.h. den Druck zur Anpassung geht. Auch dafür bietet zivilgesellschaftliche Pluralität den unabdingbar notwendigen Gestaltungsfreiraum.

Wenn, so läßt sich abschließend konstatieren, die internationalen Prognostiker, Colin Crouch, Richard Sennett, Jeremy Rifkin, Parag Khanna und viele andere, für die kommende globale Entwicklung der Zivilgesellschaft eine herausragende Funktion zumessen, so gilt dies, wie an den diskutierten Beispielen und Einzelthemen gesehen werden konnte, gerade auch für das Projekt Europa, das nur durch selbstermächtigtes und selbstorganisiertes Handeln befördert wird.

Die Stiftung dankt allen Teilnehmern an dem Colloquium für ihre engagierte Mitwirkung und freut sich über weiteren Kontakt und gemeinsames Weiterarbeiten an dem Europa der Bürgerinnen und Bürger! Ein besonderer Dank geht an DSZ-Maecenata Management GmbH für die gewährte Gastfreundschaft.

17. März 2013
Rupert Strachwitz